



# NRWinfo

BUND-INFORMATIONEN AUS NORDRHEIN-WESTFALEN



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Bund für  
Umwelt und  
Natur  
Freizeit  
Deutschland  
1975

Heft 4/2016

4. Quartal

[www.bund-nrw.de](http://www.bund-nrw.de)





Fotos: D. Jansen

Großdemo in Köln und sechs weiteren Städten

## Massenproteste gegen CETA und TTIP

Mehr als 320.000 Menschen haben am 17. September in sieben Städten gegen CETA und TTIP demonstriert. Klar und unmissverständlich forderten sie einen Stopp der Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA. Allein in Köln demonstrierten 55.000 Menschen.

Zu der Demonstration in Köln aufgerufen hatte ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis von Aktivistennetzwerken, Wohlfahrts- und Sozialverbänden, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen, Globalisierungskritikern, Jugendverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen und entwicklungspolitischen Organisationen sowie Organisationen für Bürgerrechte, Kultur und nachhaltige Landwirtschaft. Der BUND stellte dabei einen großen farbenfrohen Demo-Block. Gruppen aus dem ganzen Land waren angereist, um für eine fairen und gerechten Welthandel einzutreten. Anlaufpunkt war der von der BUND-Regionalgruppe Köln organisierte unübersehbare BUND-Infostand.

Mit ihrer Demo-Teilnahme haben die Demonstrierenden noch einmal bekräftigt: Die Bundesregierung muss endlich die Notbremse ziehen und das Nein der Bürgerinnen und Bürgerinnen zu CETA und TTIP

respektieren. Beide Abkommen schaffen eine konzernfreundliche Paralleljustiz, beide sind eine Gefahr für die Demokratie, für Sozial- und Umweltstandards und die öffentliche Daseinsvorsorge, beide müssen gestoppt werden. CETA bedeutet TTIP durch die Hintertür.

Das Bündnis fordert, die Verhandlungen zu TTIP offiziell zu beenden und CETA weder zu ratifizieren, noch anzuwenden. Das Abkommen mit Kanada dürfe in keinem Fall vorläufig angewendet werden, bevor die nationalen Parlamente darüber abgestimmt haben.

Auch die Jugend war auf der Demo stark vertreten. BUNDjugend-Sprecherin Verena Leyendecker warb auf der Abschlusskundgebung mit einer engagierten Rede für eine Politik, die die Bedürfnisse von allen Menschen und der Umwelt wieder in den Fokus rückt. „Was bringt uns ein steigendes Bruttoinlandsprodukt, wenn dafür weiterhin Mensch und Umwelt ausgebeutet werden? Wenn wir unsere Lebensgrundlagen verfeuern? Wenn wir uns immer weiter für den Markt optimieren und die soziale Ungleichheit hier und auf der ganzen Welt immer größer wird?“, fragte sie.

Auf der Demonstration wurde auch die Volksinitiative „NRW gegen CETA & TTIP“ gestartet. Damit will das Bündnis die Landesregierung zwingen, CETA im Bundesrat abzulehnen. Damit der Landtag sich mit der Volksinitiative befasst, müssen sich mindestens 66.322 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eintragen. (dj)



 [www.bund-nrw.de/ttip\\_ceta\\_stoppen](http://www.bund-nrw.de/ttip_ceta_stoppen)

# „Phänomen der Deregulierungswelle“

Der BUND hatte die SPD-Landesvorsitzende Hannelore Kraft vor dem Sonderkonvent der SPD zu CETA in Wolfsburg aufgefordert, gegen die Verabschiedung von CETA zu stimmen. Trotz Überschreitung der parteiintern beschlossenen „Roten Linien“ gab die SPD den Weg für das Freihandelsabkommen frei. Sind CETA und TTIP damit unaufhaltsam? Wir sprachen mit BUND-Landesvorstandsmitglied Michael Harengerd:

## Teile der Politik versuchen nach dem Motto „CETA ist gut, TTIP ist böse“ dem Freihandelsabkommen den Weg zu ebnen. Warum ist auch CETA inakzeptabel?

Harengerd: Es hat durch die Interventionen des Bundeswirtschaftsministers gegenüber Kanada einige wenige kleinere Verbesserungen gegeben, die aber beispielsweise die grundsätzlichen Nachteile der separaten Gerichtsbarkeit zugunsten von Konzernen in keiner Weise aufheben. Dies ist nicht nur vom deutschen und europäischen Richterbund kritisch gewürdigt worden, sondern auch sehr dezidiert von der „Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Jurist\*innen NRW“.



## Warum ist CETA überhaupt ein Thema für Umweltschützer\*innen?

Harengerd: CETA ist - genauso wie TTIP und TiSA - ein Phänomen der Anfang der 1990er Jahre begonnenen Deregulierungswelle. Für den Umweltschutz selbst ergäben sich massive Nachteile. Das schleichende Inverkehrbringen von gentechnisch manipulierten Lebensmitteln würde der „Grünen Gentechnik“ den Weg nach Europa ebnet. Wir befürchten auch die Aufweichung der Chemikalien-Richtlinie „REACH“ und die unregulierte Anwendung von Pestiziden wie Glyphosat. Auch dem umstrittenen Fracking würde ein weiteres Hintertürchen geöffnet. Letztendlich steht die

gesamte Daseinsvorsorge auf dem Spiel.

## Ist CETA noch zu stoppen?

Ja. Nach dem von SPD-Chef Gabriel erschwindelten „Ja“ der SPD-Delegierten des Wolfsburger Sonderkonvents ist der Bundesrat am Zuge. Stimmt er mehrheitlich gegen CETA, können wir das bereits ausverhandelte Abkommen noch kippen.

## Was macht der BUND?

Der BUND unterstützt die „Volksinitiative NRW gegen CETA und TTIP“. Ziel ist es, dass sich der Landtag mit dem Thema befasst und die Landesregierung im Bundesrat gegen die Unterzeichnung der geplanten Abkommens stimmt.

Dafür müssen sich mindestens 66.322 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eintragen.

## Trauen Sie dem von der Politik formulierten Abgesang auf TTIP?

Nein, denn die nächste Verhandlungsrunde über TTIP zwischen der EU und den USA hat begonnen. Im Übrigen hängt diese Frage auch vom Ausgang der US-Präsidentenwahlen ab. Davon abgesehen: Wenn CETA durchkäme, wären die US-Konzerne mit Vertretungen in Kanada problemlos über die Investitionsschiedsgerichte wieder „im Geschäft“.

## JETZT MITMACHEN!

### NRW-Volksinitiative gegen CETA

Das aus aktuell 42 Organisationen und lokalen Gruppen bestehende Bündnis „NRW gegen CETA & TTIP“ hat die Volksinitiative gegen CETA gestartet. 66.322 Bürgerinnen und Bürger müssen sich in unsere Unterschriftenlisten eintragen, damit sich der Landtag mit CETA und TTIP befasst. Unser Ziel: Das Land Nordrhein-Westfalen soll im Bundesrat gegen die Unterzeichnung der geplanten Abkommen stimmen. Wenn NRW hier gegen eine Unterzeichnung des bereits ausverhandelten CETA-Vertrages stimmt, dann wackelt das Abkommen gewaltig! Und dann wird auch ein Stopp von TTIP wahrscheinlicher.

Damit der Landtag sich mit der Volksinitiative befasst, müssen sich mindestens 66.322 Bürgerinnen und Bürger in die Unterschriftenlisten eintragen. Um dies zu schaffen, brauchen wir Ihre Hilfe.

Machen Sie mit!



► Unterschriftenlisten und Aktionsmaterial: <https://nrw-gegen-ceta.de>



M. Böhme

„Erkelenzer Appell“ für eine Energieversorgung ohne Braunkohle

## Bündnis fordert schnellen Kohleausstieg

Seit 10 Jahren setzt sich das maßgeblich vom BUND NRW initiierte Aktionsbündnis „Zukunft statt Braunkohle“ für die Energiewende und einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohlenverstromung an. Zum 10-jährigen Bestehen hatte das Aktionsbündnis Ende September zum Forum „Wie geht's weiter ohne Braunkohle?“ nach Erkelenz eingeladen. Etwa

200 Teilnehmer\*innen diskutierten dort mit Vertretern aus Wissenschaft, Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft über den Kohleausstieg.

Ein Novum dabei: Mit dem IG BCE-Bezirksleiter Manfred Maresch war auch ein Vertreter der Bergbaugewerkschaft der Einladung zum Diskurs gefolgt. Seine These, wonach die Braunkohle noch für die nächsten Jahrzehnte eine wichtige Rolle für die Beschäftigtenstruktur im Rheinischen Braunkohlerevier spielen werde, fand wenig Zustimmung.

Zum Abschluss des Forums verabschiedeten mehr als 50 Organisationen, Kirchen und Bürgerinitiativen den „Erkelenzer Appell für eine Energieversorgung ohne Braunkohle.“ Darin forderten sie, den Großteil der Braunkohle im Boden zu lassen, da die Pariser Klimaziele sonst verfehlt würden.

Das Bündnis kritisierte scharf, dass Bundeswirtschaftsminister Gabriel Aussagen zum Kohleausstieg aus dem Klimaschutzplan 2050 entschärft und gestrichen hatte. „Ein Klimaschutzplan ohne Kohleausstieg verdient seinen Na-

men nicht. Sigmar Gabriel muss zu seinem Wort stehen und noch in diesem Jahr den Ausstieg aus der Kohle einleiten. Die Paris-Ziele geben den Pfad vor“, sagte Dirk Jansen, Geschäftsleiter des BUND Nordrhein-Westfalen. Bis spätestens 2025 müsse die Hälfte der Kohlekraftwerksleistung vom Netz gehen. Neue Braunkohlekraftwerke wie RWE im nordrhein-westfälischen Bergheim-Niederaußem plant, seien Fantastereien der Kohle-Lobby, die nicht mehr genehmigt werden dürften.

Das Bündnis verlangte außerdem, alle neuen Tagebauplanungen in Ostdeutschland umgehend zu stoppen. Statt an der Braunkohle festzuhalten, müsse der Strukturwandel jetzt aktiv gestaltet werden. Es brauche einen Zukunftspakt für die Regionen und finanzielle Unterstützung, etwa durch einen Strukturwandelfonds. Auch müssten die Braunkohlen-Konzerne für die Langzeitfolgen zur Kasse gebeten werden. (dj)

 Ausführliche Berichte zum Forum, die Tagungsvorträge, Fotos und den „Erkelenzer Appell“ finden Sie unter [www.zukunft-statt-braunkohle.de](http://www.zukunft-statt-braunkohle.de).



▲ Auch der NRW-Umweltminister Johannes Remmel und IG BCE-Bezirksleiter Manfred Maresch stellten sich der Frage nach dem Kohleausstieg. Prof. Dr. Peter Henricke plädierte ebenso wie BUND NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen für ein schnelles Ende der Kohleverstromung.

◀ Vertreter\*innen von Umweltverbänden, Bürgerinitiativen und Aktionsgruppen diskutierten neue Formen des Widerstandes.

Fotos: H. Perschke

Baumtausch als Zeichen gegen Braunkohle

## Eine „Gubener Warraschke“ für Kuckum

So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen...“. Zum Abschluss des 10-jährigen Jubiläums des Aktionsbündnisses „Zukunft statt Braunkohle“ wurde noch einmal in die Hände gespuckt und der Spaten ausgepackt. Zusammen mit Bürger\*innen aus Erkelenz-Kuckum haben Aktive aus dem Rheinland und der Lausitz in dem unmittelbar vor der Umsiedlung stehenden Ort als Zeichen der Hoffnung einen Apfelbaum gepflanzt. Die „Gubener Warraschke“ ist ein Mitbringsel aus dem ostdeutschen Braunkohlenrevier. Gabi Clever aus Kuckum versprach, den Baum gut zu pflegen. Für den Fall, dass Kuckum nicht vor den Braunkohlenbaggern gerettet werden kann, soll er mit nach Neu-Kuckum verpflanzt werden.

Die Lausitzer Braunkohlen-Kritiker traten die Heimreise aber nicht mit leeren Händen an. Im Tausch mit der „Gubener Warraschke“ gab es eine „Rheinische Schafsnase“ von der ehemaligen BUND-Obstwiese in Otzenrath. Diese war verfassungswidrig für den Tagebau Garzweiler zwangsenteignet und von RWE zerstört worden. Vorab hatte der BUND noch Reiser gesichert, aus denen „Garzweiler Zukunftsbäume“ geklont wurden. Die „Schafsnase“ hat nun einen Platz in Proschim (Lausitz) bekommen. Das alte sorbische Dorf soll für den neuen Tagebau Welzow-Süd weichen. (dj)



Ein Apfelbaum als Zeichen gegen den Tagebau Garzweiler. 2027 soll Kuckum mit seinen 470 Einwohner\*innen von den Kohlebaggern erreicht werden.

Foto: M. Pichlmaier, ideengruen.de

Bundesverwaltungsgericht am Zuge

## Streitfall Kraftwerk Lünen



Der juristische Streit um das Trianel-Kohlekraftwerk Lünen geht in eine weitere Runde. Der BUND hat jetzt die beim Oberverwaltungsgericht in Münster eingereichte Beschwerde gegen die im Urteil vom 16. Juni 2016 (s. *NRWinfo* 3-2016) ausgesprochene Nichtzulassung der Revision begründet.

Nach Auswertung der auf 229 Seiten dargelegten Gerichtsentscheidung sieht der BUND gute Erfolgsaus-

sichten. Das OVG-Urteil steht danach im Widerspruch zu mehreren Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts, die sich mit der Summationswirkung von Zusatzbelastungen in geschützten FFH-Gebieten befassen. Insbesondere die Frage, welche weiteren Schadstoffquellen in welcher Reihenfolge betrachtet werden müssen, ist dabei von Bedeutung. Das Oberverwaltungsgericht hatte die Klage-Abweisung darauf gegründet, dass erhebliche Schadstoffbelastungen, die zusätzlich in den FFH-Gebieten niedergehen, ausgeblendet werden dürfen, obwohl die betreffenden Anlagen früher als das Kohlekraftwerk Lünen genehmigt wurden. Dabei sah das Gericht die erste Einreichung eines prüffähigen Genehmigungsantrages als maßgebend an; auf eine definitive Zulassungsentscheidung komme es nicht an. Dies gelte laut Gericht selbst dann, wenn die erste Genehmigung wieder aufgehoben wurde.

„Durch diese Konstruktion vermeidet der Senat die Berücksichtigung zahlreicher weiterer Schadstoffbeiträge im Rahmen der FFH-Verträglichkeitsprüfung für Trianel“, sagte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. Deshalb bedürfe es einer revisionsgerichtlichen Entscheidung durch das Bundesverwaltungsgericht.



[www.bund-nrw.de/trianel\\_luenen](http://www.bund-nrw.de/trianel_luenen)

Erstmals Wildkatze bei Meinerzhagen nachgewiesen

## Wildkatzen auf dem Vormarsch

Die bedrohte Europäische Wildkatze breitet sich im Sauerland weiter nach Westen aus. Der BUND konnte jetzt erstmals eine Wildkatze im Märkischen Kreis anhand einer Haarprobe eindeutig nachweisen. In der dicht besiedelten Landschaft von NRW gibt es offenbar noch Räume für Biotopverbund. Die nächst gelegenen Wildkatzenpopulationen befinden sich im Rothaargebirge und im Arnsberger Wald. Vermutlich stammt die Wildkatze von dort.

Eine Autofahrerin hatte das offenbar angefahrene Tier auf der Straße in einem Ortsteil von Meinerzhagen gefunden und es zu einer Tierarztpraxis gebracht. Die Tierärztin versorgte die Katze, entnahm Haarproben für die genetische Untersuchung und informierte den BUND. Inzwischen konnte die Katze glücklicherweise wieder freigelassen werden.

Bereits im April dieses Jahres gelang dem LWL-Museum für Naturkunde mit einer Fotofalle ein erster Hinweis auf eine Wildkatze in Plettenberg. Davor stammten die letzten verlässlichen Meldungen über Wildkatzen im Märkischen Kreis aus den siebziger Jahren. (j/b)



A. Baumgartner

 [www.bund-nrw.de/wildkatze](http://www.bund-nrw.de/wildkatze)

## Platzhalter Landesnaturschutzgesetz

## Bündnis für Beton

Verkehrsminister Michael Groschek und seine Kabinettskollegen Garrelt Duin (Wirtschaft) und Norbert Walter-Borjans (Finanzen) präsentierten Ende September ihr „Bündnis für Infrastruktur“. Es gelte in NRW, der Mentalität „nicht vor meiner Haustür“ entgegenzutreten. Der BUND sieht in der Aktion ein dem Wahlkampf geschuldetes „Bündnis für Beton“. Dazu der Kommentar des BUND-Landesvorsitzenden Holger Sticht:

„Landesverkehrsminister Michael Groschek eröffnete den Landtagswahlkampf im September mit der Ankündigung, ein „Bündnis für Infrastruktur“ zu gründen. Bauprojekte von Allgemeinwohl würden zu häufig behindert durch Partikularinteressen von „durchgrünten“ Bürgerinitiativen. Die angebliche Mehrheit der Profiteure will er dagegen verbünden.

Auch wenn er den BUND bewusst von der Kritik ausnahm: rückwärtsgewandter kann man sich in Zeiten von wachsender Transparenz und Bürgerbeteiligung wohl kaum artikulieren.

Mal davon abgesehen, dass Gesundheit und der Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen in-



klusiv unseres Naturerbes nachweislich zum Allgemeinwohl zählen: Wie soll denn ein Bauprojekt dem Gemeinwohl dienen, wenn es ohne sachlichen Bedarf durch gewunken werden soll? Welches Demokratieverständnis besitzt denn jemand, der nicht mehr über das „ob“, sondern nur noch über das „wie“ befinden lassen will? Dient ein Bauprojekt dem Allgemeinwohl, weil es einige SPD-Fürsten als Prestigeobjekte ausgesucht haben?

Tatsächlich ist es der fehlende Bedarf und die Inkompatibilität mit Gemeinwohlinteressen von Vorhaben wie der Flughafenerweiterung Düsseldorf, dem Ausbau der A 1 oder einer neuen Rheinbrücke im Kölner Süden - für die wir als BUND im Übrigen kostengünstigere, Flächen sparende und nachhaltige Alternativen eingebracht haben -, die zu Protesten und Einwendungen führen. In diesem Bundesland mit einem der weltweit dichtesten Straßennetze reift einfach

die Erkenntnis, dass auf nun mal begrenzter Fläche nicht mehr Beton, sondern beispielsweise intelligente Netzlösungen und eine Ertüchtigung der Schienenwege der Ausweg sind.

Die SPD-Landesminister haben das noch nicht mitgekriegt. Wir wünschen ihnen, dass sie bis zur Landtagswahl im nächsten Jahr doch noch geeignete Formen und Themen zur Profilschärfung finden.“

### Infotag im Naturschutzgebiet

## Besichtigung der Quarzsandgrube Brenig

Das Naturschutz und Naturerleben miteinander vereinbar sind, zeigte der Tag der offenen Tür in der Quarzgrube Brenig bei Bornheim (Rhein-Sieg-Kreis). Zahlreiche Menschen nutzten die Gelegenheit, um im Zuge von Exkursionen oder auf eigene Faust auf ausgewählten Wegen einen Blick hinter die Kulissen zu werfen. Als Rückzugsraum für Tiere ist das Schutzgebiet sonst nicht zugänglich.

Die Quarzsandgrube wird im Rahmen eines BUND-Projektes seit dem Jahr 2010 systematisch naturschutzfachlich entwickelt. Im Jahr 2015 wurden dort, unterstützt mit Landesmitteln, erneut Pflegemaßnahmen umgesetzt und der Bereich der offenen Quarzsandflächen deutlich vergrößert. Die über 20 Hektar große Grube ist Teil des einzigartigen Landschaftsprojektes Obstblütenlandschaft Botzdorf-Hennesenberg, das der BUND, das Vogelschutz-Komitee sowie der Landschafts-Schutzverein Vorgebirge aufbauen.

► [www.bund-rsk.de](http://www.bund-rsk.de)



Zahlreiche Besucher\*innen nutzten die Gelegenheit, das Naturschutzgebiet zu besichtigen und sich über das BUND-Projekt zu informieren. Foto: A. Baumgartner

## 30 Jahre BUND Bönen

**W**ir sagen Danke! Seit nunmehr drei Jahrzehnten mischt sich die BUND-Ortsgruppe in Bönen (Kreis Unna) beherzt in den Umwelt- und Naturschutz vor Ort ein. Ob neue Straßen oder andere strittige Bauvorhaben, Stadtgrün und kommunaler Klimaschutz, Gewässerschutz, praktische Naturschutzarbeiten oder

die Sammlung alter Handys: Die Aktivitäten sind seit jeher breit aufgestellt. Mit seinen zahlreichen Bürgeranträgen an den Rat und in zig Stellungnahmen gab die Gruppe der Lokalpolitik wichtige Impulse und belebte die öffentliche Diskussion. Erst kürzlich war der BUND mit Solarkocher und vielen Informationen bei der ‚Klimawoche Ruhr‘ in Bönen vertreten.

In einer Feierstunde, an der auch einige der Gründungsmitglieder teilnahmen, gab es neben der Rückschau den klaren Blick nach vorn: „Wir werden uns weiterhin einmischen! Weitere Menschen, die dabei Mitmachen und ihre Ideen einbringen möchten, sind uns jederzeit willkommen“, so Heinrich Isenbeck, Sprecher der Ortsgruppe. (rb)

► [www.bund-unna.de/boenen](http://www.bund-unna.de/boenen)

30 Jahre aktiv für Natur und Umwelt: Bärbel Förster (links), Heinz-Georg Beyer, Ulrich Gloger und Hans Werner Krämer gehören zu den Gründungsmitgliedern. Eva und Heinrich Isenbeck (Zweiter von links) sind ebenfalls lange dabei

Foto: Sabine Pinger, Westfälischer Anzeiger



### Regierungsbezirk Arnsberg

## Naturschutzpreis für BUND-Aktive

**E**in herzliches Dankeschön an Vereine, Initiativen, Schulklassen und Einzelpersonen für ihr ehrenamtliches Engagement für den Naturschutz richtete die Arnsberger Regierungspräsidentin Diana Ewert bei der Verleihung der diesjährigen Naturschutzpreise.

Klaus Brunsmeier (BUND), Vertreter der Naturschutzverbände im Regionalrat Arnsberg, Jurymitglied und Mitinitiator dieser Preisverleihung unterstrich bei der Festveranstaltung im gut gefüllten großen Sitzungssaal der Bezirksregierung Arnsberg, dass nur durch das ehrenamtliche Engagement überhaupt eine Chance bestehe, die Ziele der NRW-Biodiversitätsstrategie in die gesellschaftliche Debatte und die Umsetzung in politisches Handeln zu bringen und dankte ebenfalls allen Aktiven für ihre Arbeit.

Prof. Heinrich Münz von der BUND Kreisgruppe Soest erhielt gemeinsam mit Oberstudienrat Michael Morkramer für die verdienstvolle Arbeit der historischen Aufarbeitung und Würdigung des Naturkund-

lers Hermann Müller aus Lippstadt einen Sonderpreis. Anlässlich seines 125-jährigen Todesjahres 2008 wurde dieser bedeutende Naturforscher und Pädagoge durch eine Arbeitsgruppe am Ostendorf-Gymnasium Lippstadt wieder in Erinnerung gerufen.

Bemerkenswert auch die Verleihung eines Sonderpreises an die Bürgerinitiative für den Erhalt des Ahm (Iserlohn), die gerade eine Klage gegen die Bezirksregierung mit gewonnen hat und trotzdem – oder gerade deswegen – für ihren unermüdlichen Einsatz gegen den alltäglichen Landschaftsverbrauch durch Baugebiete, Straßen und Abgrabungen geehrt wurde.



Prof. Heinrich Münz